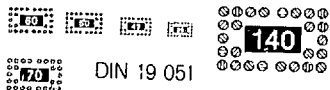


# Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms



DIN 19 051



Sozialistische Partei  
Deutschlands  
Vorstand  
Bibliothek

CL

28009



## Vorbemerkung

In den folgenden Absätzen werden die Grundgedanken skizziert, auf denen ein wirtschaftspolitisches Programm der Sozialdemokratischen Partei aufgebaut sein muß. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei, in dessen Beratungen die vorliegende Arbeit entstand, war sich der Tatsache bewußt, daß ein endgültiges Wirtschaftsprogramm unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Abhängigkeit Deutschlands vom Willen der Besatzungsmacht und ohne eine Übersicht über die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen des verlorenen Nazi-Krieges nicht formuliert werden kann. Das bedeutet indessen nicht, daß über die Grundsätze sozialdemokratischer Politik Unsicherheit oder auch nur Meinungsverschiedenheiten bestehen.

12 Jahre Unterdrückung sozialistischer Wissenschaft und der Verlust zahlreicher sozialistischer Theoretiker durch Naziterror treffen die Sozialdemokratische Partei in dem Augenblick, in dem die Weiterexistenz des deutschen Volkes davon abhängt, daß das Chaos des kapitalistischen Zusammenbruchs durch die sozialistische Neuordnung überwunden wird. Diese Aufgabe kann nur durch den Anschluß an die geistigen Leistungen des modernen wissenschaftlichen Sozialismus gelöst werden, wobei es gilt, sie auf eine völlig veränderte Situation anzuwenden. Dabei hat sich gezeigt, daß die sozialistischen Grundprinzipien in ihrer vollen Gültigkeit durch den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems nur bestätigt worden sind.

Wissenschaftliche Weiterarbeit und der tägliche Kampf um die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes gegen innere und äußere Widerstände werden aus den Grundgedanken ein für eine längere Entwicklungsperiode berechnetes Programm erwachsen lassen, das in seiner endgültigen Gestalt nach den demokratischen Traditionen der Sozialdemokratischen Partei von einem Parteitag zu beschließen ist. An seiner Gestaltung arbeiten alle mit, die — ausgehend von diesem Grundgedanken — verant-

wortungsbereit in Politik und Wirtschaft um die Zukunft ihres Volkes ringen. Dabei kommt es auf die Erfahrungen des Betriebsrates ebenso an, wie auf die des Wirtschaftsministers.

Die ständig wachsende Zahl von wirtschaftenden Menschen, die sich als Unternehmer, Gewerbetreibende oder als Angehörige der freien Berufe zur Sozialdemokratie bekennen, wird in diesem Grundgedanken die Bestätigung für die Richtigkeit ihres Entschlusses finden.

Hunderttausende, die ihre wirtschaftliche Existenz in den Strudel des untergehenden Kapitalismus hineingerissen sehen, werden Antwort auf die Fragen erhalten, die für ihr Leben entscheidend geworden sind.

Gegenüber den verzweifelten Versuchen der großkapitalistischen Interessenten, durch Verleumdungen der Sozialdemokratie und ihrer Politik die arbeitenden Menschen für ihre Zwecke zu mißbrauchen, wird die grundsätzliche Darstellung ebenso wie die Stellungnahme zu den einzelnen Fragen des Wirtschaftslebens eine wirkungsvolle Abwehr sein.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands.

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek

A28009

M 112 47

## Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, die Wege zur Neugestaltung der deutschen Volkswirtschaft aufzuweisen. Diese Verpflichtung wird nicht dadurch aufgehoben, daß Ablauf und Entwicklung der durch die Schuld des Hitler-Regimes zerstörten deutschen Wirtschaft heute noch im wesentlichen durch die Besatzungsmächte bestimmt werden. Das Ziel ist ein Neuaufbau der deutschen Volkswirtschaft auf der Grundlage des modernen Sozialismus unter Wahrung der Würde der Arbeit und jedes Arbeitenden. Alle schöpferischen Kräfte — insbesondere auch die bisher von der Mitwirkung weitgehend ausgeschlossenen — verdienen besondere Pflege und Förderung. Die in ihrem Geist und in ihrer Haltung verjüngte Partei wird sich dafür einsetzen, daß die Neuordnung der Wirtschaft nicht abermals durch die Kräfte der Reaktion verhindert wird. Sie lehnt die nach dem ersten Weltkrieg teilweise auch in ihren eigenen Reihen geäußerte Ansicht ab, daß ein „Scherbenhaufen nicht sozialisiert werden könne“. Gerade in einer Zeit tiefster äußerer und innerer Not sind klare und unterschiedene Zielsetzungen erforderlich, die wieder Vertrauen auf eine bessere Zukunft geben.

### Wirtschaftliche Befreiung durch den Sozialismus

Die Revolutionen der bürgerlichen Epoche haben mit der Erklärung der Grundrechte und der Einführung eines allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts die staatsrechtliche Befreiung des bisherigen Untertanen aus der feudalistischen Hörigkeit gebracht. Sie haben jedoch die wirtschaftliche Un-

freiheit fortbestehen lassen, weil in der kapitalistischen Wirtschaft eine besitzlose, ausschließlich auf die Verwertung ihrer Arbeitskraft angewiesene Volksschicht dem Klassenmonopol der Produktionsmittelbesitzer in hoffnungsloser Abhängigkeit gegenüberstand. Die Versäumnisse der bürgerlichen Revolutionen nachzuholen und die rechtliche Freiheit des Einzelmenschen zu ergänzen durch Herstellung der wirtschaftlichen Freiheit, ist sittliche Aufgabe unserer Epoche. Sie kann nur durch den Sozialismus gelöst werden. Hierbei geht es nicht allein um eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes, sondern zugleich um eine bessere Produktionsordnung mit wesentlich erhöhtem Ertrag. Nur eine von der Geißel der Krisen befreite Wirtschaft vermag die hochentwickelten Kräfte der Technik so einzusetzen, daß sich eine dauerhafte Erhöhung des Volkswohlstandes ergibt. Es gilt nicht, die kapitalistische Armut anders aufzuteilen, es gilt vielmehr, den Reichtum der sozialistischen Gesellschaft zu organisieren.

Die Sozialdemokratische Partei erblickt den Weg zum Sozialismus in ihren wirtschaftspolitischen Forderungen. Das deutsche Volk muß einen seinem Wesen entsprechenden Wirtschaftsstil finden, ohne daß es in die überwundenen Formen des kapitalistischen Liberalismus zurückfällt, aber auch ohne sich zu den Zwangsmaßnahmen eines alle Persönlichkeitswerte ertötenden Kollektivismus hinzuwenden. Der Weg zum Sozialismus muß die soziale Gerechtigkeit, die Freiheit der Persönlichkeit und die Rechte der Gemeinschaft gewährleisten.

Der Sozialdemokrat, der wie jeder gute Deutsche die Einigkeit seines Volkes wünscht, lehnt es ab, daß von Einigkeit nur geredet wird, ohne daß zugleich die unerläßlichen materiellen Vorbedingungen dafür geschaffen werden. Die Vernichtung erheblicher Teile des privaten Besitzes und die gegenwärtige Verminderung der meisten Großeinkommen haben der Forderung nach sozialem Ausgleich keineswegs ihre Aktualität genommen. Die Chancen im Kampf ums Dasein und um den Aufstieg zu würdigeren Lebensformen sind nur dadurch gleichmäßiger geworden, daß noch weitere Teile des Volkes in ausweglose Not geraten sind. An dieser Art von Gleichheit liegt dem Sozialdemokraten nichts. Er wünscht keine mechanische Gleichmacherei, wohl aber fordert er gerade heute — vor Beginn des Wiederaufbaues — gerechte Startbedingungen für jeden, der in das Wirtschaftsleben eintritt.

Deshalb müssen alle durch Sitte, Recht und überlieferte Besitzformen geschaffenen Benachteiligungen für den sozialen Aufstieg beseitigt werden. Allein Tüchtigkeit und Charakter sollen maßgebend sein. Fleiß und vorbildliche Leistungen müssen ihre Anerkennung und ihren gerechten Lohn finden. Besitz, der durch redliche Arbeit erworben ist und der unabhängigen Verwertung der Arbeitskraft des Besitzers dient, findet den Schutz der Sozialdemokratischen Partei, hingegen nicht Großesigentum mit Rentenansprüchen, das zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft verwandt wird und zur wirtschaftlichen Abhängigkeit vieler von wenigen Großbesitzern führt. Leitende Posten in Verwaltung und Wirtschaft dürfen nicht zu Pfründen werden. Jeder Volksangehörige hat Anspruch auf umfassenden Versicherungsschutz gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und Tod.

Von jedem gerecht denkenden Deutschen erwartet die Sozialdemokratische Partei, daß er sich diesen Mindestforderungen sozialer Gerechtigkeit nicht verschließt und sich ihrem besonderen Gewicht in der jetzigen Notzeit nicht durch das unwahre und demagogische Argument entzieht, die Sozialdemokratie schüre einen gemeinschaftsfeindlichen Klassenhaß. Was sie will, ist vielmehr die Beseitigung jener Zustände, aus denen Klassengegensätze sich zwangsläufig entfalten. Sie will eine gerechte Sozial- und Wirtschaftsverfassung — entsprechend ihrer von Karl Marx begründeten hundertjährigen wissenschaftlichen Tradition und nach den humanitären, und sozialen Ideen der Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus.

### Gegen die Wirtschaftskrisen

Neben der Klassenspaltung, ihrem Grundübel, ist die moderne kapitalistische Wirtschaft auch vom rein ökonomischen Standpunkt aus mit schweren Fehlern behaftet, die immer wieder Störungen ihres funktionellen Gleichgewichts bedingen:

- a) Die kapitalistische Marktwirtschaft bietet, wie die Erfahrung von mehr als einem Jahrhundert lehrt, keine Gewähr gegen die periodische Wiederkehr von Krisen, die in gigantischem Ausmaß zur Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte und zur Existenzlosigkeit von Millionen Erwerbstätiger führen. Die letzten, den ganzen Erdball erschütternden Krisen haben überdies sichtbar bewiesen, daß das kapitalistische System auch nicht mehr die Fähigkeit zur automatischen Selbstheilung besitzt. Mit dem Übergang vom Früh- zum Hoch- und Spätkapitalismus haben die Krisen an Heftigkeit, Ausdehnung und Zerstörungskraft nur zugenommen.

b) Zunehmende Durchsetzung mit monopolistischen Gebilden verschiedenster Formen (Trusts, Konzerne, Syndikate, Kartelle) kennzeichnet die Spätphase der kapitalistischen Industriewirtschaft. Auf die Spitze getrieben, schlägt die vielgepriesene freie Konkurrenz allmählich in ihr Gegenteil um, das Monopol. Einst hat man dem Konkurrenzprinzip nachgerühmt, daß es den Unternehmer im unaufhörlichen Kampf um seine wirtschaftliche Existenz zu einer ständigen Anpassung an den technischen Fortschritt und an die Wünsche des Verbrauchers zwingt. Dieser Vorteil ist auf den wichtigsten Gebieten der Volkswirtschaft schon lange verlorengegangen. Daß die Monopolgebilde in erster Linie eine Wirkung der zunehmenden Kapitalintensität der Produktion und — von den Betrieben her gesehen — „Kinder der Not“ sind, ändert an dem Ergebnis nichts.

Die Überlebenden des volkswirtschaftlichen Schlachtfeldes schließen nach dem mörderischen Konkurrenzkampf einen Kompromißfrieden auf Kosten der Volksgesamtheit. Sie setzen im marktwirtschaftlichen Prozeß eine Monopolrente durch und bringen damit einen Teil des Sozialprodukts an sich, auf den sie weder als Entgelt für Kostenaufwand noch als Gegenwert für unternehmerische Leistung einen volkswirtschaftlich zu rechtfertigenden Anspruch haben. Aufgebracht werden muß diese Monopolrente nicht nur von den Arbeitnehmern und Verbrauchern, sondern auch von den nicht monopolistisch organisierten Produzenten, insbesondere also den Bauern, Handwerkern, kleineren und mittleren Industriellen, Einzelhändlern und freiberuflich Tätigen.

Durch den Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus mit seinen notwendigerweise gleichgewichtlosen Märkten und seinen imperialistischen Tendenzen wurde aus Preiskampf Preisdiktat, aus Marktgesetz Machtdiktat, aus Wettbewerb Vereinbarung auf Kosten Dritter, aus Kampf um den Kunden Kampf gegen den Kunden, aus Produktionsausdehnung Produktionsdrosselung.

## Gegen die Wirtschaftsreaktion

Die Sozialdemokratische Partei lehnt als ungerechte und für das deutsche Volk ungeeignete Wirtschaftsverfassungen ab:

- a) **Den klassischen Liberalismus**, der sich auf eherner Naturgesetze des Wirtschaftslebens beruft, jede staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft grundsätzlich zurückweist und dem Unternehmer eine ungehemmte Wirtschaftsbetätigung zugestehen will. Auch wenn man Wettbewerb und privates Gewinnstreben als Leistungsmotiv anerkennt, ist es abwegig, sie in so krasser und einseitiger Weise zu glorifizieren, wie es der liberalen Taktik entspricht. Eine Rückkehr zu liberalen Formen des Wirtschaftslebens würde Deutschland nicht nur ideologisch in den Nachtrab bringen, sie würde auch zu einer Entfesselung neuer schwerer Wirtschaftskrisen und zu einer Verhärtung der Klassengegensätze und Ausbeutungsmonopole führen;
- b) **den Neoliberalismus**, der zwar die Monopole zerschlagen und für die Konkurrenz durch die Rechtsordnung faire Spielregeln erzwingen will, aber verkennt, daß gerade in den wichtigsten Zweigen der Volkswirtschaft solche rein negativen Regelungen zur nachhaltigen Ausschaltung privater Macht im Wirtschaftsleben keinesfalls ausreichen, der weiter übersieht, daß die überkommene Besitz- und Einkommensverteilung die Verwirklichung eines tatsächlich fairen Wettbewerbs von vornherein ausschließt, der nicht verstehen will, daß Wirtschaftsentwicklung im demokratischen Rechtsstaat ohne jede Diktatur und Versklavung durchaus möglich ist, und der schließlich die schöpferischen und durchaus unternehmerischen Kräfte vernachlässigt, die eine Nutzbarmachung der Ideale des Dienstes und der Gemeinschaft auch auf dem Gebiete der Wirtschaft zu wecken vermag;
- c) **den Monopolkapitalismus**, besonders seine verhängnisvolle imperialistische Spätform, der in der eigenen Volkswirtschaft zu schweren Gleichgewichtsstörungen, auf den Weltmärkten zu kriegerischen Zusammenstößen treibt;
- d) **den sogenannten „Ständestaat“**, der die staatliche Souveränität aushöhlt, die Fortschrittsimpulse weitgehend lähmt und auf die Dauer nur neue Pfünde und Privilegien schafft;

- e) **die zentralistische Staatswirtschaft** in der Form einer marktlosen Verwaltungswirtschaft mit oder ohne staatlichen Konsumzwang, der die nach persönlicher Freiheit und nach organischer Gemeinschaftsbildung verlangenden Kräfte an der Entfaltung hindert und sich bei längerer Dauer stets zu gewalttätiger oder mindestens bevormundeter Diktatur auswächst;
- f) **die aus Aufrüstung und Krieg** entstandene improvisierte Zwangswirtschaft mit ihren jede Konsumfreiheit erdrosselnden und teilweise sogar die Arbeitsfreiheit aufhebenden Reglementierungsmaßnahmen, die zur Zeit als Erbe des Nazi-Regimes vor allem zum Nachteil des Arbeiters noch mitgeschleppt werden muß und in der es eine rationelle Koordinierung der einzelwirtschaftlichen Kräfte durch einen folgerichtig aufgestellten zentralen Plan gar nicht gibt.

## Planwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Unfreiheit des Einzelmenschen und die Beseitigung der fortschritthindernden Fehler im System der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht durch Eingriff lediglich in die volkswirtschaftlichen Verteilungsvorgänge erreichbar, ebenfalls auch nicht durch unsystematische Staatseingriffe unter grundsätzlicher Belassung der kapitalistischen Organisation der Erzeugung. Erforderlich ist vielmehr, daß ein bestimmender zentraler Einfluß auf Umfang und Grundrichtung der Produktion und damit sowohl auf den Stand der Beschäftigung als auch auf Größe und Zusammensetzung des Sozialprodukts durchgesetzt wird.

Dies bedeutet keineswegs eine Ablehnung der individuellen Unternehmerinitiative. Fällt das Klassenprivileg — die überlieferte Einkommensgestaltung und Besitzverteilung, das gegenwärtige Erbrecht und das bisherige Bildungsmonopol — so führt die private Einzelunternehmung nicht notwendig zu neuer sozialer Ungerechtigkeit. Von allen Monopolen wäre das unerträglichste das des Unfähigen und Faulen über den Arbeitsamen und Begabten. Der Kampf gilt den kapitalistischen Machtballungen, nicht den volkswirtschaftlich sinnvoll eingesetzten Kleinkapitalien. Die Sozialdemokratische Partei wendet sich daher durch-

aus nicht gegen die unternehmerische Initiative im Wirtschaftsleben, sie achtet und wünscht im Gegenteil den unternehmerischen Pioniergeist, der mit den Erfolgsaussichten auch das Risiko seiner wirtschaftlichen Unternehmung auf den eigenen Schultern zu tragen gewillt ist.

Träger der Grundentscheidung über Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nach Auffassung der Sozialdemokratischen Partei in unserer Epoche jedoch nur noch das ganze Volk, vertreten durch das nach demokratischen Grundsätzen gewählte Parlament, sein. An die Stelle des privatkapitalistischen Gewinnstrebens tritt als Hauptregulator der Wirtschaft die Planung nach den Gesichtspunkten volkswirtschaftlicher Rentabilität. Sie kann auch durch ein gewisses Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben nicht verwirklicht, ersetzt oder überflüssig gemacht werden. Denn in den Betrieben können immer nur einzelwirtschaftliche Teilpläne zustande kommen, nicht aber ein volkswirtschaftlicher Gesamtplan, der dem ganzen Wirtschaftsprozeß zugrunde gelegt wird. Auf einen solchen kommt es aber zur Überwindung der kapitalistischen Unzulänglichkeiten in erster Linie an. Volkswirtschaftliche Gesamtplanung bedeutet keine extreme, alle Erzeugung und allen Verbrauch reglementierende Staatswirtschaft. Die Zwangsbewirtschaftung im Kriege und die heutige Mangelwirtschaft sind kein Modell für die kommende Wirtschaftsgestaltung und deshalb auch nicht ihre Widerlegung.

Die von der Sozialdemokratischen Partei geforderte sozialistische Planwirtschaft wird die marktwirtschaftlichen Formen des Wirtschaftsablaufes weitgehend beibehalten, aber die Wirtschaft wird sich nach den in der Planung festgelegten volkswirtschaftlichen Zielsetzungen richten. Zugleich werden innerhalb dieses Rahmens gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Wirtschaftsgebilde in wachsendem Umfang zur Bedarfsdeckung herangezogen.

An der Kontrolle der Ausführung des Wirtschaftsplanes durch die einzelnen Lenkungsstellen der Wirtschaft und Verwaltung sind alle Mitglieder der Wirtschaftsgesellschaft — die selbständigen wie die in abhängiger Stellung Beschäftigten und die Verbraucher — aktiv zu beteiligen. Die Sozialdemokratie bekennt sich zu einer wirklichen Demokratisierung der Wirtschaft, die

sich nicht nur auf soziale Konzessionen beschränkt und die mehr ist als bloße politische Stimmzetteldemokratie. In einer solchen Demokratisierung der Wirtschaft sieht die Sozialdemokratie nicht eine fortschrittfeindliche Lähmung der Schwungkraft des Wirtschaftslebens, sondern notwendige Kontrolle des richtigen Einsatzes wirtschaftlicher Kräfte und technischer Entwicklungen nach den Gesichtspunkten volkswirtschaftlicher Rentabilität.

Die demokratische Wirtschaft bleibt den Entscheidungen der Träger des politischen Willens untergeordnet. Aufgabe der politischen Kräfte ist es dabei, auch zu verhindern, daß die Rechtsformen der Wirtschaftsverfassung erstarren und ihr Sinn bewußt oder unbewußt durch Interessentengruppen verfälscht wird.

Überall, wo es sich um die Durchführung der von der politischen Willensbildung aller Deutschen aufgestellten Wirtschaftsgrundsätze handelt, sind insbesondere die Gewerkschaften beratend und kontrollierend einzuschalten. Als die Organisationen aller unselbständig arbeitenden Produzenten haben sie in der sozialistischen Planwirtschaft nicht nur soziale politische Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, sondern üben wirtschaftspolitische Funktionen von allgemeiner Bedeutung aus. Dementsprechend nehmen sie eine Stellung ein, die mit der keiner anderen Wirtschafts- oder Berufsorganisation verglichen werden kann.

Nach Überwindung der durch den Hitler-Krieg verschuldeten Not soll Ziel der Produktion nicht mehr das technisch erreichbare Maximum an materiellen Gütern, sondern ein bestmöglicher Zustand an Bedürfnisbefriedigung sein. An erster Stelle steht die Sicherung der Arbeitsmöglichkeit für jeden Arbeitsfähigen. Die Arbeit muß so gestaltet werden, daß sie schon für sich jeden Schaffenden im höchstmöglichen Grade befriedigt. Freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes sind selbstverständliche Grundvoraussetzungen. Der Arbeitsprozeß selbst ist unter stärkster Ausweitung der technischen Möglichkeiten und Errungenschaften so zu organisieren, daß jedem einzelnen die erforderliche Muße und Zeit zu freier Anteilnahme am Kulturleben verbleibt.

Damit bejaht die Sozialdemokratie zwar die gewaltigen Leistungen der modernen Technik und die Fortschritte der Betriebsorganisation in den führenden Ländern der Weltwirtschaft. Sie

bekannt sich jedoch zum Übergewicht der kulturellen und sozialen Forderungen über die von der Technik ausgehenden Impulse und nennt den Neubau der Wirtschaft nach diesem Grundsatz die Sozialisierung.

### Planung und Lenkung

Bei der Auswahl der Methoden zur Verwirklichung einer sozialistischen Planwirtschaft dürfen die Erfahrungen nicht übersehen werden, die in der vorangegangenen Zeit in allen fortschrittlichen Ländern der Erde gesammelt worden sind. Verstaatlichung der Produktionsmittel gilt in der modernen sozialistischen Theorie schon längst nicht mehr als die einzige und die konsequenteste Form der Sozialisierung. Sie ist vielmehr nur noch ein Mittel neben anderen beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Das schließt nicht aus, daß in bestimmten Wirtschaftszweigen die Übernahme der Betriebe in die öffentliche Hand den besten Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles darstellt.

**Planwirtschaft ist niemals Selbstzweck. Reichweite und Methoden der staatlich-politischen Einflußnahme auf die Wirtschaft sind nicht Grundsatz-, sondern Zweckmäßigkeitfragen.** Neben der direkten Lenkung durch Gebote und Verbote gilt es auch höchst wirksame indirekte Lenkung, z. B. durch die Geld- und Kreditpolitik, die Preispolitik, die Lohnpolitik, die Steuerpolitik, die Vergebung öffentlicher Aufträge, die Förderung bestimmter Unternehmungsformen, die Verkehrspolitik, die Berufsberatung, die Einflußnahme auf die Standortverteilung, die Beeinflussung der Verbraucherwünsche. Gerade diese Methoden der indirekten Lenkung sind sorgfältig zu entwickeln.

Eine weitgehende Dezentralisierung der ausführenden Planungs- und Lenkungsarbeit und der Einsatz auch regionaler und lokaler Initiative müssen zu einer immer erneuten, von unten nach oben wirkenden Überprüfung der Planungsziele und Lenkungsmethoden gemäß den besonderen Bedürfnissen und Erfahrungen der einzelnen Wirtschaftsbezirke und Wirtschaftszweige führen. Im Bedarfsfalle sind von den Trägern der regionalen und kommunalen Wirtschaftsverwaltungen rationale und kommunale Wirtschaftspläne aufzustellen und durchzuführen.

Die Arbeiten der verschiedenen Verwaltungszweige zur Planerstellung und Plandurchführung sind zu koordinieren. Ein Verzicht auf sogenannte Sonderverwaltungen soll die Einheit der Verwaltung gewährleisten.

### Kapitalbildung — Investierung — Kreditwirtschaft

Entscheidend für die Steuerung der Investitionstätigkeit, d. h. des auf die Erhaltung und Erweiterung der Volkswirtschaft gerichteten Teils der Produkte ist die Bestimmung der Größe und Zusammensetzung des Sozialprodukts. Über die Rangfolge der Investitionsaufgaben wird in einer grundsätzlich auf Bedarfsdeckung ausgerichteten Versorgungswirtschaft nach Maßgabe der volkswirtschaftlichen Dringlichkeit entschieden. Diese von der gesetzgebenden politischen Körperschaft des demokratischen Rechtsstaates zu treffende Entscheidung findet ihren Niederschlag in einem langfristigen zentralen Plan als Grundlage der Investitionslenkung und -kontrolle. Im Bereich der Verbrauchsgüterwirtschaft soll demgegenüber in erster Linie die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit der Konsumenten richtunggebend sein.

Die Finanzierung der Investition hat sich danach zu richten, daß die gewollten Rückwirkungen auf das Gefüge der Volkswirtschaft, dem Erfordernis zur Sicherung der Vollbeschäftigung entsprechen. Dazu gehört, daß inflatorische und deflatorische Einwirkungen, durch die die Struktur der Einkommens- und Vermögensverteilung unsozial verändert werden würde, unbedingt verhütet werden. Mit dieser Einschränkung bietet aber die Finanzierung in der Geld- und Kreditpolitik ein besonders wirksames und zugleich elastisches, wenn auch allein noch nicht ausreichendes Mittel zentraler Steuerung der Investitionstätigkeit.

Wenngleich die Kapitalbildung der öffentlichen Hand in Zukunft an Gewicht stark gewinnen wird, darf doch der Sparwille in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung für die Investitionsfinanzierung nicht unterschätzt und seine Pflege nicht vernachlässigt werden. Die Forderung, daß Zinsbezug kein Leben ohne produktive Arbeit ermöglichen darf, bedeutet daher keineswegs einen Verzicht auf einzelwirtschaftliches Sparen. Der Zins soll nur noch als ein Mittel der Investitionspolitik angesehen werden

und sich ausschließlich nach deren Erfordernissen richten. Er wird dabei um so eher verhältnismäßig niedrig gehalten werden können, als er auch im Rahmen der Kreditpolitik nicht das einzige Steuerungsmittel ist.

Die Kreditwirtschaft ist als Apparat der Geldschöpfung und als ein wichtiges Mittel der Investitionslenkung grundsätzlich eine öffentliche Angelegenheit, zumal für alle Bankeinlagen seit den Krisenerfahrungen von 1931 praktisch eine öffentliche Garantie als gegeben angesehen werden muß. Der stärkste Sektor der deutschen Kreditwirtschaft, das Sparkassenwesen, befindet sich bereits in öffentlicher Hand. Großbanken und Realkreditinstitute bedürfen der Überführung in öffentliche Regie. Die Kreditgenossenschaften haben mit ihrem nichtkapitalistischen Mitgliederkreis auch in der sozialistischen Wirtschaft Berechtigung. Sämtliche Kreditinstitute müssen zentraler Aufsicht unterworfen sein.

### Gerechter Lohn

Zur Beeinflussung der Verteilung des Sozialprodukts, d. h. zur Bestimmung der Einkommen sind Hauptmittel: Lohnpolitik, Preispolitik und Steuerpolitik. Sie müssen nicht nur in Investitionsfragen, sondern gerade auch im Verbrauchssektor voll wirksam sein. Die Einkommenspolitik muß jedem Volksangehörigen einen ausreichenden Anteil an den lebenswichtigen Gütern sichern und die Einkommensunterschiede auf das zur Spornung der Leistungen ausreichende Maß zurückführen, das jedoch auch nicht unterschritten werden darf. Das Gefälle der Löhne und tarifgebundenen Gehälter wird in der sozialistischen Planwirtschaft Gegenstand der staatlichen Lenkung sein, so daß es als gegebene Größe in die Kostenrechnung der Volkswirtschaft eingeht. Die sozialistische Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft macht die Gewerkschaften und die Unternehmungen zu gleichberechtigten Partnern der kollektiven Arbeitsverträge, die in dem durch den Gesamtplan gespannten Rahmen abgeschlossen werden.

### Wirtschaftliche Selbstverwaltung

Wirtschaftliche Selbstverwaltung ist gerade in der sozialistischen Planwirtschaft unentbehrlich:

- a) Das System der regionalen Kammern soll für den ganzen Bereich des Wirtschaftslebens gelten. Es wird gesetzlich festgelegt, daß und in welchen Fällen die Wirtschaftsbehörden die Kammern und gegebenenfalls überregionale Verbände dieser Kammern gutachtlich unbedingt zu hören haben. Ganz allgemein haben die Kammern die Befugnis, Vorschläge für die Fortbildung des Wirtschaftsrechts und für grundsätzliche Verwaltungsmaßnahmen zu machen. Die Kammern sollen Körperschaften des öffentlichen Rechts sein. Die Mitgliedschaft und Mitarbeit bei ihnen ist freiwillig — unbeschadet der gesetzlichen Beitragspflicht.
- b) Besondere Arbeitskammern werden nicht gebildet. Vielmehr sind die Kammern zu Vertretungen aller selbständigen und unselbständigen Berufstätigen im Kammerbezirk auszubauen. Die Vertreter der Unselbständigen werden von den Gewerkschaften bestellt.
- c) Wahlverfahren und Satzungen für die Kammern sind nicht freien Vereinbarungen zwischen den Selbständigen und den Arbeitnehmern zu überlassen, sondern vom demokratischen Rechtsstaat verbindlich festzulegen.
- d) Zur Wahrung von Betriebsinteressen können innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige auf freiwilliger Grundlage Fachverbände ohne wirtschaftslenkende Befugnisse gebildet werden.

### Formen und Größen der Unternehmungen

Die Sozialdemokratie sieht es als ihre besondere Aufgabe an, alle Bestrebungen zu fördern, die auf eine unmittelbare auf das Gemeinwohl gerichtete gemeinnützige Wirtschaftstätigkeit hinauslaufen. Sie setzt sich darum für eine unbefangene Würdigung der geschichtlich unleugbaren Leistungen der öffentlichen Unternehmungen ein. Sie verlangt andererseits deren konsequenten Ausbau im Geiste des Sozialismus. Durch Betonung des



sozialistischen Versorgungsgedankens sind ihre Leistungen den vielfachen Einflüssen kapitalistischen Denkens zu entziehen, denen sie in der Vergangenheit ausgesetzt waren. Die öffentliche Unternehmung ist bei Betriebsaufgaben, die lokal oder regional wahrgenommen werden können, entsprechend dem Prinzip der Dezentralisation auch nur lokal oder regional aufzubauen.

Die Bildung sogenannter gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen ist abzulehnen. Das Zurückgreifen auf diesen Unternehmungstyp stellt lediglich ein Ausweichen vor der klaren Entscheidung dar, ob in dem betreffenden Wirtschaftszweig dem öffentlichen oder dem privaten Unternehmen der Vorrang gebührt.

Das Groß- und Mammutunternehmen hat sich im Verlauf der Entwicklung keineswegs als durchweg überlegen erwiesen, besonders dann nicht, wenn sich die kleinere Einheit die neuesten betriebstechnischen Errungenschaften zu eigen zu machen verstand. Die Chancen, die sich hieraus für die kleinere und mittlere Unternehmung ergeben, sind planmäßig wahrzunehmen. Es ist der unbestreitbare Vorzug des Kleinbetriebes, daß in ihm jeder einzelne Mitarbeiter stärker an der Gesamtleistung teilnimmt und sich mit dem Gesamtschicksal der Unternehmung inniger verbunden fühlt. Auch bleiben auf diese Weise Selbständigkeits- und soziale Aufstiegschancen in der Volkswirtschaft erhalten. Die Steuergesetzgebung muß diesen wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Entscheidend für die Beurteilung einer Unternehmung ist nicht nur die rechnermäßig ausgewiesene Ertragsbilanz, sondern mindestens im gleichen Maße eine Bilanz der volkswirtschaftlichen und sozialen Leistungen, die künftig ebenfalls aufzustellen ist. Beide sind einer periodischen Pflichtprüfung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer mit sozialem Verantwortungsgefühl zu unterwerfen und der Öffentlichkeit vorzulegen.

### Betriebsdemokratie

Innerhalb der einzelnen Unternehmungen ist auf demokratischer Grundlage die Mitwirkung der unselbständigen Mitarbeiter an der Verwaltung der Unternehmungen sowie an ihrer Produktion über ihre Betriebsräte und Gewerkschaften zu gewährleisten.

Dies gilt auch für die öffentlichen Unternehmungen. Bei Kapitalgesellschaften jeder Größe und bei privaten Großunternehmen anderer Rechtsformen ist diese demokratische Mitwirkung überdies durch die Berufung von Betriebsratsmitgliedern und Vertretern der Gewerkschaften in den Aufsichtsrat oder die entsprechenden Organe vorzuschreiben. Dabei muß diese Beteiligung so gestaltet werden, daß sie einen tatsächlichen Einfluß — der Bedeutung des Faktors Arbeitskraft entsprechend — sichert und nicht nur eine leere Form bleibt.

### Sozialisierung

Monopolistische Formen der Marktbeherrschung haben sich in der spätkapitalistischen Wirtschaft besonders weitgehend bei den Grundstoffindustrien durchgesetzt. Ihre starke Kapitalintensität und ihr damit gegebenes überdurchschnittliches konjunkturelles Verlustrisiko begünstigten diese Entwicklung, die spezielle Eignung ihrer Erzeugnisse zur kartellmäßigen Behandlung ermöglichte sie. Dies macht die Übernahme der Grundstoffindustrien durch die öffentliche Hand in besonderem Maße erforderlich. Im Hinblick auf die kriegstreiberische Rolle der schwerindustriellen Unternehmer in Deutschland der letzten hundert Jahre ist die Sozialisierung der Grundstoffzeugung auch politisch eine unabweisbare Notwendigkeit. Sie sichert zugleich in besonderem Grade den ökonomisch unerlässlichen, weitreichenden staatlichen Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit. Die Betriebe des Bergbaues (Kohle, Erze, Erdöl, Kali), der Eisen- und Stahlgewinnung, der Eisen- und Stahlbearbeitung bis zum Halbzeug, der NE-Metallerzeugung und der Zementproduktion, aber auch die Großchemie wie z. B. die synthetische Erzeugung von Ammoniak, Treibstoff und Kautschuk sowie Zellstoff- und Zellwolleproduktion sind daher zu sozialisieren.

Die Energiewirtschaft (Strom, Gas, Wasser) kann ihrer ganzen Natur nach nur monopolistisch betrieben werden. Sie befindet sich demgemäß zum größten Teil bereits in kommunaler oder staatlicher Regie. Soweit dies noch nicht der Fall ist, muß die Entprivatisierung nachgeholt werden. Konzessionsverträge der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmungen stellen keinen ausreichenden Ersatz dar.

## Private Wirtschaft

In der verarbeitenden Industrie wird die Organisation der Erzeugung überall dort zum besonderen Problem, wo die bestmögliche Versorgung der Verbraucher zur kapitalintensiven Massenproduktion in einigen wenigen Großbetrieben drängt, wie beispielsweise im Kraftfahrzeugbau. Die Frage, ob öffentliche, genossenschaftliche oder private Unternehmungen, tritt hier an Bedeutung zurück hinter dem Erfordernis, die vorhandenen Großbetriebe zu einem ständigen Wettbewerb um Qualitätsverbesserung und Kostensenkung durch technischen Fortschritt zu zwingen, gegebenenfalls durch staatliche Produktionsauflagen. In jedem Falle muß die Kapazitätsbemessung dieser Betriebe im Rahmen der Wirtschaftsplanung erfolgen und an ihre sozialen Leistungen ist ein strenger Maßstab anzulegen.

Staatliche Produktionsauflagen können ein wichtiges Steuerungs- und Antriebsmittel auch in den Teilen der Fertigungsindustrie sein, wo eine geringere Kapitalintensität vorherrscht. Hier bietet die im Wettbewerb stehende private Unternehmung noch immer den Vorteil der größeren Anpassungsfähigkeit an Verbraucherswünsche und technischen Fortschritt. In dem Maße, wie sich Tendenzen zu monopolistischer Marktbeherrschung durchzusetzen beginnen, wächst aber auch hier die Sozialisierungsreife. Die Bereitschaft der beteiligten Unternehmer mit den gebotenen Chancen auch die Risiken eines nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten kontrollierten Wettbewerbs auf sich zu nehmen, bestimmt die Größe des privatwirtschaftlichen Sektors in der weniger kapitalintensiven Fertigung.

## Der Mittelstand in der sozialistischen Wirtschaft

Die freien Berufe sind ihrem Ursprung nach nicht kapitalistischer Prägung, weil sie überhaupt nicht oder nur in Sonderfällen mit Produktionsmitteln ausgestattet sind. Ihrem Berufsstil entsprechend werden sie, sobald sich mit der wirtschaftlichen Neuordnung auch die Bewußtseinshalte klären, stärker als bisher am Gedanken des Dienstes orientiert und zugleich Gegner

des monopolkapitalistischen Machtstrebens sein. Unter dieser Voraussetzung bedarf die sozialistische Planwirtschaft stärker als jede andere Wirtschaftsform ihrer führenden Mitwirkung.

Das Handwerk hat sich, aus vorkapitalistischer Zeit übernommen, ungeachtet wesentlicher Verschiebungen in seinen speziellen Funktionen im ganzen durch alle Stadien der kapitalistischen Wirtschaft hindurch bis zur Gegenwart in seiner hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung, behauptet. Der nur mit einem bescheidenen Bestand an verhältnismäßig einfachen Produktionsmitteln ausgerüstete, regelmäßig in erster Linie die eigene Arbeitskraft einsetzende Handwerker hatte und hat mit dem kapitalistischen Klassenmonopol nichts zu tun. Er hat daher mit seinem privaten Eigentum an Werkzeugen auch in der sozialistischen Wirtschaft seinen festen Platz. Für die Lösung betrieblicher Gemeinschaftsaufgaben steht dem Handwerk die auch auf diesem Sektor bereits bewährte Organisationsform der Genossenschaft zur Verfügung. Solche Genossenschaften und alle anderen Einrichtungen, die dazu dienen, Handwerk und gewerblichen Mittelstand für die Erfüllung ihrer wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Aufgaben zu stärken, sind durch öffentliche Maßnahmen, auch im Rahmen der Planung und durch die Mittel der Lenkung, zu fördern. Der staatlichen Lohn- und Preiskontrolle muß das Handwerk ebenso wie alle anderen Bereiche der Produktion und Verteilung unterworfen sein.

Wie der Handwerker ist auch der Einzelhändler keine Schöpfung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Auch er kann daher in der sozialistischen Wirtschaftsgesellschaft grundsätzlich weiterbestehen. Andererseits verdient der Wiederaufbau der Verbrauchergenossenschaften stärkste Unterstützung. Die Verbrauchergenossenschaften sollen nicht den Einzelhandel in seiner Gesamtheit verdrängen, ihn aber durch Wettbewerb im Interesse der möglichst billigen Versorgung der Bevölkerung zu höchster Rationalisierung seines Apparates zwingen. Soweit sich die Verbrauchergenossenschaften in dieser Hinsicht als überlegen erweisen, ist die Übernahme der Verteilungsaufgaben durch sie ein volkswirtschaftlich notwendiger Prozeß. Im ganzen dürfen für die Zwecke der Verteilung nur so viel Kräfte in Anspruch genommen werden, wie den Erfordernissen der gesamtwirtschaftlichen Rationalität entspricht.

## Verkehr

In der Verkehrswirtschaft ist der seiner Natur nach zum Monopol drängende Betrieb auf der Schiene bereits so gut wie vollständig in öffentlicher Hand. Weitgehend gilt dies auch für den Personenverkehr mit Omnibussen. Im Fernverkehr mit Kraftfahrzeugen kann der private Unternehmer unter öffentlicher Kontrolle zugelassen bleiben. Ebenfalls bleibt in der Binnenschifffahrt mit ihrer Vielzahl von selbstfahrenden Kleineigentümern an Kahnraum für private und genossenschaftliche Betätigung unter zentraler Planung und öffentlicher Überwachung hinreichend Platz. Das gleiche gilt für die Küstenschifffahrt.

## Landwirtschaft

Dem landwirtschaftlichen Bereich fällt als der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes eine besonders hohe Bedeutung zu. Hauptträger der agrarischen Erzeugung ist und bleibt der ordentlich wirtschaftende Bauer auf eigener Scholle. Er ist ebenso wenig wie der Handwerker eine kapitalistische Erscheinung. Der bäuerliche Bodenbesitz ist im Interesse der Ernährungssicherung deshalb grundsätzlich schutzwürdig. Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion müssen an die Stelle der bloßen Erfassung der Produkte treten. Die Rentabilität der bäuerlichen Arbeit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Bauern müssen durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der Planwirtschaft gesichert werden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften insbesondere verdienen nachdrückliche Förderung. Durch einen gerechten Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse muß die bäuerliche Arbeit gleichberechtigt neben jeder anderen für die Allgemeinheit unentbehrlichen Arbeit stehen.

Solange ausgesprochener Mangel an Nahrungsmitteln herrscht, liegt die Lenkung der agrarischen Produktion und ihre Erfassung im allgemeinen Interesse. Entsprechende Maßnahmen sind die Angelegenheit der staatlichen Wirtschaftsverwaltung. Unter stärkster Einschaltung bäuerlicher Selbstverwaltung ist die Landwirtschaft in den Stand zu setzen, an der Überwindung der bestehenden Ernährungsschwierigkeiten mitzuarbeiten, damit die

staatliche Überwachung der landwirtschaftlichen Erzeugung fortlaufend gelockert werden kann, bis sie sich auf Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftsplanung und -lenkung beschränkt.

Für den Großgrundbesitz als einen Hauptträger sowohl feudalistischer als auch kapitalistischer Ausbeutung und als einen besonderen Hort militaristischen Denkens ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Die unerläßliche Bodenbesitzreform muß so vorgenommen werden, daß mit ihr eine Produktionssteigerung durch Intensivierung verbunden ist. Zugleich müssen durch eine neue soziale Gerechtigkeit auch auf dem Lande die Kräfte der Demokratie zur vollen Entfaltung gebracht werden. Landwirtschaftliche Großbetriebe, die aus produktionstechnischen Gründen als solche erhalten werden müssen, sind von der öffentlichen Hand oder genossenschaftlichen Einrichtungen zu übernehmen.

## Wohnungsbau

In der Wohnungswirtschaft müssen langjährige Neubaupläne den Mangel an Wohnraum zu beseitigen versuchen. Hierfür sind durch städtebauliche Planung sowie Normung und Planung auf dem Gebiet der Baustoffindustrien die Voraussetzungen zu schaffen. Der vorhandene Wohnungsbestand ist im Rahmen langjähriger Reparaturprogramme vor Verfall zu schützen. Die wirtschaftlichen Bedingungen für die Finanzierung des Neubaus sind ebenfalls durch langfristige Pläne herzustellen. Dabei sind Schwankungen der Baukosten und der Zinshöhe sowie Abweichungen gegenüber dem bisherigen Mietenniveau durch eine umfassende Aufbringung und einen Mietenausgleich zu beseitigen. Als Unternehmungsformen verdienen für die Neubautätigkeit die gemeinnützigen Unternehmungen, unter diesen insbesondere die Genossenschaften, die führende Rolle. Private Unternehmungen sind zugelassen, sofern sie die Bewohner gegenüber dem gemeinnützigen Unternehmen nicht benachteiligen. Das Eigenheimwesen ist unter Ausschluß spekulativer Möglichkeiten großzügig zu fördern. Der unbefriedigende Stand des älteren ländlichen und städtischen Wohnungswesens ist nach Beseitigung der gegenwärtigen Notstände planmäßig zu heben.

## Internationale Zusammenarbeit

Um auch nur den lebensnotwendigen Bedarf des deutschen Volkes zu decken und eine größtmögliche Produktivität der deutschen Arbeit zu erreichen, ist für die deutsche Volkswirtschaft weitestgehende Eingliederung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen unerlässlich; das militärische Autarkiestreben führt nur zu einer Verewigung künstlicher Armut. Für den Grad der weltwirtschaftlichen Verflechtung kann es nur eine Grenze geben: Die sozialistische Planwirtschaft darf nicht an der Erfüllung ihrer vornehmsten Aufgabe gehindert werden, den Umfang der Gesamtproduktion zur Sicherung der Vollbeschäftigung zu bestimmen und dieses Produktionsvolumen zu finanzieren.

Durch die Gleichartigkeit in der Entwicklung der Technik und der produktiven Kräfte, die Übereinstimmung in den sozial-ethischen Mindestansprüchen an die Wirtschaftsordnung und das gemeinsame Interesse an der Besserung der Lebenslage ist eine weitgehende Übereinstimmung in den wirtschaftlichen Forderungen und Selbsthilfemaßnahmen der minderbemittelten Schichten des ganzen Erdballs vorhanden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bejaht wie früher das sich daraus ergebende internationale organisatorische Zusammengehen der arbeitenden Menschen aller Länder. Aufgabe der sozialistischen Internationale muß die Bekämpfung jeglicher Form von Ausbeutung in der ganzen Welt sein, Endziel die Neugestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker im Geiste des Sozialismus, der Verständigung und des Friedens.

Herausgegeben von der



ORTSVEREIN BREMEN

Verantwortlich: Josef Böhm, An der Weide 4/5

Druck: Weser-Kurier GmbH.

A 1046